

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr verehrte Mitglieder des Stadtrates,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich Ihnen kurz vor Weihnachten den Haushalt für das nächste Haushaltsjahr präsentieren zu können und hoffe, dass dieser nach der Beratung in den Ausschüssen in der nächsten Sitzung verabschiedet werden kann. Damit wäre gewährleistet, dass Anfang des Jahres 2006 ein beschlossener Haushalt vorläge, im Rahmen dessen die Verwaltung arbeiten kann.

Mir ist bewusst, dass trotz dieser im Vergleich zu den Vorjahren sehr frühzeitigen Vorlage des Haushaltes auch dieses Mal die gesetzliche Vorgabe nicht eingehalten wird. Ich bitte hierfür um Ihre Nachsicht. Dies war aufgrund der zu verarbeitenden Probleme leider nicht möglich.

Das Haushaltsvolumen des Jahres 2006 beläuft sich auf 85,8 Mio. Euro. Rechnet man das Volumen des Wirtschaftsplanes von 12,5 Mio. Euro hinzu, ergibt sich ein Gesamtvolumen von 97,7 Mio. Euro.

Der Haushalt schließt insgesamt ausgeglichen ab. Der Ausgleich konnte jedoch nur erreicht werden, indem zur Finanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushaltes die Mittel der allgemeinen Rücklage vollständig eingeplant und eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Mio. Euro vorgesehen wurden. Dies ist sicher ein sehr schmerzlicher, aus meiner Sicht aber unumgänglicher Schritt, damit im Vermögenshaushalt zumindest die wichtigsten Dinge Berücksichtigung finden konnten.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt kann damit mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht nachgewiesen werden.

Der Verwaltungshaushalt schließt ab mit einer Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 660 T€. Es war leider nicht möglich, die Pflichtzuführung in Höhe der Aufwendungen für die ordentliche Tilgung zu erwirtschaften. Zum vollständigen Nachweis der Pflichtzuführung müssten 1,618 Mio. Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt werden, d.h. im Verwaltungshaushalt fehlt rd. 1 Mio. Euro zur vollständigen Erwirtschaftung der Pflichtzuführung.

Die Erstellung des Verwaltungshaushaltes war noch geprägt von den mit dem Landeshaushalt 2005 bereits erfolgten Kürzungen des kommunalen Finanzausgleiches. Zusätzlich mussten aufgrund der geltenden Gesetzssystematik für das Jahr 2006 weitere Kürzungen der Finanzausgleichsmasse von insgesamt 53,3 Mio. Euro für alle Kommunen verkraftet werden. Diese Kürzungen sind auf geringere Steuereinnahmen des Landes zurück zu führen und stellen keine zusätzliche Kürzung durch das Land dar.

Bedingt durch die genannten Steuerausfälle des Landes sowie einen geringeren Bedarf der Stadt Eisenach aufgrund leider zurückgehender Einwohnerzahl und einer höheren Steuerkraft bedeutet dies einen weiteren Einnahmeausfall bei den Schlüsselzuweisungen von rd. 1,3 Mio. Euro im Vergleich zu 2005. Etwa 500 T€ davon entfallen auf die geringeren Steuereinnahmen des Landes, rd. 800 T€ sind auf den niedrigeren Bedarf und die höhere Steuerkraft der Stadt zurückzuführen.

Die sehr positive Entwicklung bei den eigenen Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren wirkt sich damit wiederum negativ aus, da eine starke eigene Steuerkraft zu einem geringeren Anspruch aus dem kommunalen Finanzausgleich führt.

Zusätzlich zu den Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen musste die völlige Streichung des Sozialhilfelastenausgleiches (130 T€) verkraftet und auch die zu erwartenden finanziellen Belastungen aus der „Thüringer Familienoffensive“ berücksichtigt werden. Diese sind im Haushaltsentwurf zunächst pauschal mit 420 T€ enthalten. Diesbezüglich wird im Zuge der Haushaltsberatungen über die nach Beschlußfassung durch den Landtag nunmehr endgültig feststehenden Auswirkungen noch zu reden sein.

Die dargestellten zusätzlichen finanziellen Belastungen mussten im Rahmen der Erstellung des Ihnen vorliegenden Planentwurfes kompensiert werden. Dies gelang einerseits dadurch, dass aufgrund des Ergebnisses der Steuerschätzung vom November mit Mehreinnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer gerechnet werden kann, andererseits wurde der Einnahmeansatz der Gewerbesteuer aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre nunmehr auf 15,5 Mio. Euro veranschlagt. Dies sind im Vergleich zum Jahr 2005 700 T€ mehr Einnahmen, die erwartet werden. Inwieweit dieser Haushaltsansatz erreicht werden kann, wird erst im Laufe des II. Halbjahres 2006 richtig einschätzbar sein.

Jahres:

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Herstellung des Haushaltsausgleiches waren die Personalausgaben. Diese sind im Entwurf ganzjährig mit einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden

geplant. Der durch den Stadtrat beschlossene Haustarifvertrag läuft allerdings nur bis zum 31.03.2006. Die Weiterführung der Arbeitszeitverkürzung ist somit unbedingt erforderlich, damit der Haushaltsausgleich nicht gefährdet wird. Ich möchte daher an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt meinen herzlichen Dank für den in den vergangenen Jahren bereits geleisteten Beitrag aussprechen und gleichzeitig um Verständnis bitten, dass auch künftig ein solcher notwendig sein wird, um die Finanzen der Stadt weiter zu konsolidieren.

Auch der Eigenbetrieb musste zur Herstellung des Haushaltsausgleiches seinen Beitrag leisten. Die durch den Stadtrat beschlossene Zuordnung der Bewirtschaftung städtischer Gebäude und der Sportstätten zum 01.01.2006 bringt erhebliche Veränderungen im Verwaltungshaushalt mit sich, da bisher als Personal- und Sachkosten veranschlagte Mittel nunmehr dem Budget des Eigenbetriebes zugeordnet wurden. Das Budget hat sich damit massiv erhöht und ist mit 8,361 Mio. Euro veranschlagt, mit denen übertragenen zusätzlichen Aufgaben zu finanzieren sind. Das Budget hat sich damit gegenüber dem Nachtragshaushalt um rd. 4,6 Mio. Euro erhöht.

Da im Zuge der Neustrukturierung mit finanziellen Effekten gerechnet wird, wurde das ursprünglich ermittelte Budget um etwa 6 % gekürzt. Im Wirtschaftsplan ist auch aus diesem Grunde ein Jahresfehlbetrag in Höhe 626 T€ ausgewiesen, dessen Reduzierung im Rahmen der Ausführung des Wirtschaftsplanes oberste Priorität haben muss.

Weiterhin wurden die Kosten der Unterkunft auf dem Niveau des Jahres 2005 geplant, obwohl erkennbar ist, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und damit auch die notwendigen Mittel für die Kosten der Unterkunft noch weiter ansteigen wird. Aufgrund der von der neuen Bundesregierung angekündigten Maßnahmen wird allerdings erwartet, dass diese auch bei den Kosten der Unterkunft zumindest zur Verminderung des Anstieges beitragen und damit die Belastung für die Stadt nicht weiter ausufern lassen.

Offensichtliche Schwächen des Gesetzes müssen auch schnell beseitigt werden, hier muss der Bund handeln.

Erfreuliches ist zur Beteiligung des Bundes zu berichten. Die aktuellsten Meldungen des Deutschen Städtetages besagen, dass diese „in enger Absprache von Bundes- und Landespolitikern mit den kommunalen Spitzenverbänden“ für 2005 bei 29,1 Prozent bestehen bleibt und für 2006 in gleicher Höhe festgelegt wird. Damit ist nun endlich der Vorschlag, die Beteiligung gänzlich zu streichen, vom Tisch und auch für das Jahr 2006 nunmehr Planungssicherheit erreicht. Im Haushaltsentwurf ist die Beteiligung mit 29,1 % eingeplant.

Im Herbst 2006 soll erneut überprüft werden, ob die angestrebte Entlastung der Kommunen um bundesweit 2,5 Milliarden Euro wie vorgesehen erreicht wird.

Angesichts dieses Ergebnisses möchte ich an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank an den Gemeinde- und Städtebund und den Deutschen Städtetag richten, die es durch ihren engagierten

Einsatz geschafft haben eine gänzliche Streichung bzw. Kürzung der Beteiligung und damit weitere massive Belastungen der Kommunen zu verhindern.

Positiv zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Land Thüringen sich inzwischen im Rahmen der ihm tatsächlich entstandenen Wohngeldentlastung in größerem Umfang an den Kosten der Unterkunft beteiligt. Bisher war man seitens des Landes von einer Entlastung in Höhe von 20 Mio. € pro Jahr ausgegangen. Die aktuelle Entwicklung des Jahres 2005 hat jedoch gezeigt, dass die Entlastung bei etwa 49 Mio. € liegen wird. Inzwischen ist per Bescheid, eingegangen am 14.12.2005!, die Erhöhung mitgeteilt worden. Wir erhalten für das Jahr 2005 zusätzlich zur bisherigen Veranschlagung von 482 T€ eine Zahlung von 647 T€. Damit hat sich die Landesbeteiligung mehr als verdoppelt und wird zu einer Verbesserung des Ergebnisses des Jahres 2005 beitragen.

Nach bisherigen Aussagen des Innenministeriums konnte damit gerechnet werden, dass diese „Nachzahlung“ für das Jahr 2005 erst im nächsten Jahr ausgezahlt wird. Aus diesem Grunde wurde im Haushaltsentwurf 2006 die Beteiligung des Landes im Vergleich zu 2005 verdoppelt. Da die Auszahlung nunmehr aber bereits in diesem Jahr erfolgte, entspricht die Einplanung im Entwurf nicht mehr gänzlich der eigentlichen Annahme.

Da aber damit zu rechnen ist, dass die im Jahre 2005 ermittelte Entlastung des Landes auch in den Folgejahren in etwa gleicher Größenordnung zur Entlastung führen wird, kann diese Einplanung aus meiner Sicht trotzdem bestehen bleiben. Eine konkrete

Entscheidung des Landes über eine höhere Beteiligung auch für die Folgejahre steht jedoch noch aus. Sie wird sicher erst wieder Ende des Jahres 2006 erfolgen.

Es hat sich damit auch in diesem Punkt gezeigt, dass die Einwände der Kommunen wie auch des Gemeinde- und Städtebundes gegen diese bisher zu niedrig angesetzte Beteiligung des Landes an den Kosten der Unterkunft absolut berechtigt waren.

Es wird daher auch in Zukunft sehr wichtig sein, die immer wiederkehrenden Bestrebungen zur Aufgaben- und Kostenverlagerung von der Bundes- und Landesebene auf die kommunale Ebene mit Argusaugen zu beobachten und die kommunalen Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an meinen vorhergehenden Aussagen ist zu erkennen, dass der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf einige Risiken enthält. Hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Sollten sich wesentliche Änderungen ergeben, müssen wir mit der Erstellung eines Nachtrages entsprechen reagieren.

Ich möchte nun noch einige Ausführungen zum Vermögenshaushalt machen. Dieser beinhaltet einige wichtige Maßnahmen, die zur Erhaltung der Infrastruktur der Stadt Eisenach unbedingt notwendig sind. Im einzelnen handelt es sich hierbei um die umfassende Sanierung und den Umbau der Jakobsschule in der Karl-Marx-Straße im Rahmen des Ganztagschulprogrammes sowie Maßnahmen an den Außenfassaden der Georgenschule am Markt

und des Elisabeth-Gymnasiums. Der Neubau von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft soll ebenfalls unterstützt werden. Zum einen ist die letzte Rate für den Neubau der Diakonia in der Barfüßer Straße, zum anderen die erste Rate für den durch den ASB in Stregda vorgesehenen Neubau eingeplant. Weiterhin soll die Innensanierung der städtischen Kindertagesstätte in der Schlachthofstraße im nächsten Jahr abgeschlossen werden.

Die Stadtsanierung stellt wiederum einen Schwerpunkt des Investitionshaushaltes dar. Eingeplant sind Mittel zur Fortführung der Sanierung des Stadtschlusses, Mittel für die Planung der Sanierungsmaßnahme Karlsplatz und den Stadtumbau. Mit diesen Mitteln soll auch weiterhin das private Engagement im Bereich der Stadtsanierung unterstützt werden, da dieses für die Verbesserung der Standort- und der Wohnqualität der Stadt von großer Bedeutung ist.

Eingeplant sind auch Mittel für die Sanierung der Predigerkirche und die Gestaltung des dortigen Umfeldes, damit die vorgesehene Unterbringung eines Teiles der Landesausstellung anlässlich des 800. Geburtstages der heiligen Elisabeth im Jahre 2007 einen würdigen Rahmen erhält.

Weiterhin sind für den im Dorferneuerungsprogramm befindlichen Ortsteil Berteroda zwei kleinere Maßnahmen vorgesehen.

Ein ebenfalls wichtiger Teil des Investitionshaushaltes entfällt auf den Straßenbereich. Die weitere Sanierung der Stützmauer in der Fritz-Koch-Straße, der Wiederaufbau der Stützmauer in der

Luisenstraße, die Sanierung der Julius-Lippold-Straße, die Planung der Sanierung der Adam-Opel-Straße sowie die im Jahre 2005 bereits als Verpflichtungsermächtigung veranschlagte Herstellung des Rad- und Gehweges in der Stedtfelder Straße, die Erneuerung der Gehwege in der Kasseler Straße wie auch Mittel für die im Zuge des Autobahnanschlusses Mitte erforderliche Veränderungen im Bereich der L 1016 in Stregda sind eingeplant. Darüber hinaus sind Mittel für die Sanierung der Hörsselbrücke in der Mühlhäuser Straße vorgesehen, da die in diesem Jahr durchgeführte Tragfähigkeitsprüfung eine Gefährdung der Verkehrssicherheit ergeben haben und die Brücke für den Schwerlastverkehr gesperrt werden musste.

Für die Hochwassersicherungsmaßnahme im Bereich Roter Bach wurden ebenfalls unbedingt notwendige Mittel vorgesehen, damit solche Unwetterfolgen wie sie in diesem Jahr in der Weststadt aufgetreten sind möglichst bald der Vergangenheit angehören.

Hinsichtlich des Investitionsvolumens darf ich zusätzlich auf zwei größere Investitionen verweisen, die derzeit in der Umsetzung begriffen sind und deren Investitionsvolumen sich nicht, bzw. nicht vollständig im Vermögenshaushalt abbildet. Einerseits ist hier die Sanierung und der Umbau der Jakobschule in der Karl-Marx-Straße zu nennen, deren Investitionskosten sich auf rd. 3,6 Mio. € belaufen. Andererseits wird derzeit durch die Sportbad Eisenach GmbH als 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt das Hallenbad in der Katzenaue im Rahmen des II. BA im Bäderbereich saniert und umgebaut. Diese Maßnahme schlägt mit rd. 4 Mio. € zu Buche. Gemeinsam mit dem im Rahmen des I. BA realisierten Neubau des Freibades wird somit außerhalb des Haushaltes in den Jahren 2004

bis 2006 ein Investitionsvolumen in Höhe von über 12 Mio. € umgesetzt. Mit Fertigstellung der Maßnahme im Jahre 2007 wurde dann innerhalb von 2 1/2 Jahren der gesamte Bäderbereich grundlegend erneuert und steht der heimischen Bevölkerung und den örtlichen Vereinen uneingeschränkt zur Verfügung.

Die Stadt setzt somit in den Jahren 2005 bis 2007 trotz der defizitären Haushaltslage ein erhebliches Investitionsvolumen um, was insbesondere im Bereich Erziehung, Bildung, Sport und Erholung und auch Tourismus zu einer wesentlichen Verbesserung des Infrastrukturangebotes führt.

Darüber hinaus muss auch auf die Investitionen der städtischen Eigengesellschaften verwiesen werden, die in ihren Wirtschaftsplänen zusätzlich erhebliche Investitionsmittel veranschlagt haben, so dass der „Verbund Stadt Eisenach“ sicher als einer der größten Investoren im Eisenacher Raum bezeichnet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn auch die Haushaltslage derzeit nicht gerade zu Jubelarien Anlass gibt, darf ich dennoch konstatieren, dass wir es trotz der im Jahre 2005 und 2006 zu verkraftenden Einnahmeausfälle geschafft haben, die wesentlichen Aufgaben der Stadt zu finanzieren und darüber hinaus auch den freiwilligen Bereich, der mit seiner vielfältigen Vereinsarbeit einen erheblichen und wichtigen Anteil am gesellschaftlichen und kulturellen Miteinander in Eisenach trägt, zu unterstützen.

Wenn wir aufgrund der derzeitigen Finanzsituation auch nicht alle Wünsche erfüllen können ist dies dennoch ein wichtiger städtischer Beitrag, damit das Leben in Eisenach auch lebenswert bleibt.

Wir dürfen allerdings die Augen nicht davor verschließen, dass bei einer weiter anhaltenden konjunkturellen Flaute und damit einhergehender niedriger Steuereinnahmen künftig Prioritäten gesetzt und sicher auch unliebsame Entscheidungen getroffen werden müssen.

Dennoch denke ich, können wir dem in den vergangenen Jahren Erreichten in dieser Stadt sehr zufrieden sein, sicher hätte es mehr sein können, aber unter Berücksichtigung der allgemeinen finanziellen Entwicklung sind wir nach meiner Auffassung doch recht gut aufgestellt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!